

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

die Landtagsdebatte über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur erneuten „Jahrhundertflut“ nach nur einem Jahrzehnt war weniger auf Streit als auf die gemeinsame Suche nach Lösungen ausgerichtet. Gut so! Allerdings macht es sich der Amtsvorgänger von Stanislaw Tillich, Kurt Biedenkopf, ein bisschen zu einfach, wenn er in einem Zeitungsinterview sagt: „Der Staat ist kein Wettermacher“. Das stimmt zwar, aber welche Folgen das Wetter hat und wie mit ihnen umgegangen wird, das hat sehr viel damit zu tun, ob Politik ihrer Verantwortung gerecht wird.

Die Versiegelung der Landschaft in Sachsen schreitet voran – täglich in der Größenordnung von sieben Fußballfeldern. Und von den 7.500 Hektar zusätzlicher Überschwemmungsfläche, die 2002 geplant wurden, sind bis heute gerade mal 111 realisiert. Doch auch mit den Ursachen des extremeren Wetters hat Politik etwas zu tun: Die Verbrennung von einem Kilogramm Braunkohle setzt ein Kilogramm CO₂ frei, dessen Zunahme erheblichen Anteil am menschengemachten Klimawandel hat – trotzdem befeuert die schwarz-gelbe Staatsregierung politisch weiter die Braunkohle-erzeugung. Deshalb setzen wir uns für einen Ausstieg aus der Braunkohle-erstromung bis 2040 ein.

Beim Hochwasserschutz ist zu zeigen, wie sächsisch wirklich geht – schließlich ist „Nachhaltigkeit“ eine sächsische Erfindung, die nicht nur für die Forst-, sondern auch die Wasserwirtschaft gelten sollte ...

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Mensch und Natur = Geben und Nehmen

Nach der Flut ist vor der Flut. Das muss der Mensch wohl lernen. Oder, wie es LINKEN-Chef Rico Gebhardt in seiner Erwiderung auf die Hochwasser-Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ausdrückte: „Naturgewalten müssen erkenntnisfördernd sein.“

Gemeint war damit vieles. Z. B. dass Facebook Tausende, vornehmlich junge Nutzer nicht nur zum Feiern an die Flussufer locken kann; dass Vereine und soziale Träger bei der Soforthilfe nicht außen vor bleiben dürfen, betroffenen Bürger/innen und Kommunen schnell und unbürokratisch geholfen gehört und es dringend eines umfassenden Hochwasserfolgen- und Ursachen-

analyseberichtes bedarf. Dazu hat die Linksfraktion zwei Anträge und eine Große Anfrage eingereicht.

Für eine wirkliche Langzeitwirkung aber muss der Klimawandel ernst genommen und Hochwasserschutz regionen- und länderübergreifend gedacht werden. „Weil das Flutmauern-Bauen in Dresden so erfolgreich war, versank Magdeburg in der Elbe. [...] Die Zeit des schlichten Mauerbauens ist vorbei. Das Hauptthema beim Hochwasserschutz muss daher sein: Den Flüssen mehr Raum geben“, so Gebhardt. Obwohl nach 2002 gefordert, hat Sachsen noch immer kein nachhaltiges Hochwasserschutz-Gesamtkonzept. „Die Verantwortung für Deiche, Talsper-



Hochwasser 2013: Fraktion DIE LINKE fordert Hochwasser-Schutzschirm

Wir brauchen eine zügige und unbürokratische **Hilfe für die Betroffenen**, eine auskömmliche **Unterstützung durch den Bund** und den **Schutz betroffener Kommunen** vor nicht tragbaren finanziellen Lasten. Es muss auch geklärt werden, ob aus der Flutkatastrophe 2002 und den Extremhochwassern von 2006 und 2010 die richtigen **Konsequenzen** gezogen wurden. Dabei ist zu untersuchen, warum ein Teil der erforderlichen **Hochwasserschutzmaßnahmen** wieder gestoppt oder sogar „rückabgewickelt“ worden sind.

Seit 2002 wurden 47 Hochwasserschutzkonzepte für die 3.000 km sächsischen Gewässer I. Ordnung, die sich in der Verantwortung des Freistaates befinden, erstellt. Für die 12.000 km kommunaler Fließgewässer II. Ordnung waren es nur 30. Eine Zusammenarbeit zwischen den

Verantwortungsträgern gibt es bis heute nicht. Das muss sich ändern! Die **Verantwortung für Deiche, Talsperren, Rückhaltebecken und Gewässerpflege** im Hoch-



ren, Rückhaltebecken und Gewässerpflege im Hochwasserschutz muss in eine Hand gelegt werden! Wir fordern erneut zu prüfen, inwieweit flussgebietsbezogene Wasserdirektionen eingerichtet werden können, die alle in einem Einzugsgebiet befindlichen Gewässer bei Hochwasser-Managementplänen einbeziehen und notwendige Hochwasser-Schutzmaßnahmen gebündelt umsetzen.“

Auch sollte der „Wiederaufbau“ in manchen Gebieten zum „Neuaufbau“ werden. Öltanks im Keller hochwassergefährdeter Häuser darf es nicht mehr geben, Baugenehmigungen für potenzielle Flutzonen müssen tabu sein. Und mancherorts brauchen Flüsse schlicht mehr Raum: Mehr Überflutungsflächen helfen, Flusspegel abzusenken. Mensch und Natur funktioniert nur im Geben und Nehmen.

wasserschutz ist **in eine Hand zu geben!** Und wir brauchen eine **allgemeine gesetzliche, bezahlbare Versicherung gegen Elementarschäden** für alle.



Fotos: CM

Ein unmoralisches Angebot

„Motiviert oder streikend ins neue Schuljahr – Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer erfüllen“ hatte die Linksfraktion die Aktuelle Debatte der Plenartagung vom 19. Juni überschrieben. Hintergrund waren Zeitpunkt, Inhalt und Umgang mit dem „Tarifangebot“, das die Regierung den Gewerkschaften zuvor unterbreitet hatte.

Für die **Bildungsexpertin der Fraktion DIE LINKE, Cornelia Falken**, klang das „Angebot“ mehr nach „Antreten zum Diktat“, statt nach solider Personalpolitik und fairer Tarifpartnerschaft. Während die GEW der Regierung aufgrund der Flut ein Aussetzen der Tarifverhandlungen angeboten hatte, legten Kultusministerin Kurth und Finanzminister Unland ohne vorherige Verhandlung ein ultimatives „Angebot“ vor und präsentierten dies der Presse und dann erst den Verhandlungspartnern. „So wie die sächsische Staatsregierung agiert, wird sie die Lehrerinnen und Lehrer zum Streik zwingen. Das laufende Schuljahr begann bereits mit Warnstreiks und dem Rücktritt des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion. Beides Ausdruck der bis heute nicht bewältigten Krise des sächsischen Schulwesens, wo die beste-



Foto: efa

GEW-Landesvorsitzende Dr. Sabine Gerold, die Vize-Landesvorsitzende und Verantwortliche für den Bereich Schule, Uschi Kruse und der Vorsitzende des GEW-Bezirksverbandes Dresden, Jürgen Thamm (1., 3. u. 4. v. li.) berichteten der Linksfraktion am 18. Juni 2013 über den Stand der Tarifverhandlungen der GEW mit der Staatsregierung.

hende Personalplanung immer noch nicht ausreicht, die Probleme der Schulen mittel- und langfristig zu lösen“, so Falken.

Für Empörung sorgte neben dem unsensiblen Zeitpunkt und der diktatorischen Ausführung auch der Inhalt des „Angebots“. So wurden gleich mal Lehrkräfte und Landesbeamte in einem Schreiben

abgehandelt, Fachkräfte der Mittel- und Förderschulen sollen sich „Leistungsbewertungen“ unterziehen, um an die ihnen zustehende Gehaltsgruppe zu kommen und es wird gönnerhaft Altersteilzeit in Aussicht gestellt – freilich nur, wenn der fachlich adäquate Ersatz gleich mitgeliefert wird. Von den peinlichen 25 Euro mehr im Monat für Referendare ganz zu schweigen.

Mit ihrem „Angebot“ verordnete die Staatsregierung den Gewerkschaften – GEW und dbb beamtenbund und tarifunion – zugleich Friedenspflicht bis Ende 2014. Was nicht weiter verwundert, wer will schon Streiks, wenn eine Wahl ansteht... „Die Staatsregierung will keine Einigung, sie will diktieren. Sie wird die Konsequenzen tragen müssen“, resümiert Cornelia Falken.

Macht Sachsen Schulsozialarbeit zur Randerscheinung?

„Schulsozialarbeit in Sachsen ist ein Stiefkind, das zwischen Kultus- und Sozialministerin und den Kommunen im Regen steht, weil das Haushaltsgeld für den gezielten Ausbau an den Schulen angeblich nicht reicht. Wenn es um die Finanzierung geht, verweist das Sozialministerium gern auf die Kommunen, die dies neben vielen anderen Maßnahmen aus der Jugendpauschale bezahlen sollen“, begründete **MdL Annekatrin Klepsch** im Juni-Plenum den Antrag der Linksfraktion zur Sicherung der Schulsozialarbeit in Sachsen.

2011 war das Programm „Chancengerechte Bildung“ aufgelegt worden, um den Missstand zu beheben. Doch statt die Schulsozialarbeit auszubauen, wurde per Richtlinie festgeschrieben, nur einen neuen Standort pro Landkreis zu finanzieren. Unter Nutzung von ESF-Mitteln wurde 2012 das Programm „Kompe-

tenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern“ aufgelegt, das zwar vordergründig der Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher dient, aber auch die Schulsozialar-

beit ergänzen kann. Ein dritter, eher zufälliger Finanzierungsansatz kam über das Bildungs- und Teilhabepaket zustande, wodurch Kommunen Extragelder zuteil wurden. Während

einige Landkreise diese Mittel nutzten, um ihre Schulsozialarbeit aufzustocken, steckten andere Landkreise das Geld bspw. lieber in den Bau von Krippenplätzen.

Die ESF-Förderperiode läuft 2013 aus, die Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ebenfalls und die Jugendpauschale ist auf dem Niveau von 2010 eingefroren. In Sachsen beackern zurzeit dreizehn Jugendämter und unzählige freie Träger der Jugendhilfe auf der einen - und ein Heer von Sachbearbeitern im Kultusministerium, Landesjugendamt,

Sozialministerium und in der Sächsischen Aufbaubank auf der anderen Seite das Feld der Schulsozialarbeit. Ein Unding, zumal nur wenige Gelder zu verteilen sind. Den „Gipfel in der Vernachlässigung der Schulsozialarbeit durch die Staatsregierung“ fand die Expertin für Kinder- und Jugendhilfe Annekatrin Klepsch in den Antworten auf ihre Kleine Anfrage: „Das Sozialministerium weiß nicht, an welchen Schulstandorten die Kommunen Schulsozialarbeit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert. Warum fragt Ministerin Clauß nicht mal bei den Jugendamtsleitern oder Sozialdezernenten nach?“

Die Fraktion DIE LINKE hat die Staatsregierung aufgefordert, zukünftig verbleibende EU-Mittel aus dem ESF zu bündeln und durch eigene Mittel zu ergänzen, um vorhandene Standorte der Schulsozialarbeit zu erhalten und endlich in der Fläche auszubauen. Zudem wurde beantragt, dass die Staatsregierung dem Landtag über den Stand des Ausbaus der Schulsozialarbeit berichtet und ein Konzept zur Finanzierung nach 2014/15 vorlegt. Der Antrag wurde mit schwarz-gelber Landtagsmehrheit abgelehnt.



© Grey59 / PIXELIO

Stippvisite im Landkreis Meißen – LINKER Sozial-Arbeitskreis

Mit „100 Prozent sozial“ wirbt DIE LINKE für sich. Um dem hohen Anspruch gerecht zu werden, muss sie die konkreten Vor-Ort-Probleme kennen. Deshalb reisen die Fach-Arbeitskreise der Linksfraktion regelmäßig ins Land und besuchen für sie relevante Einrichtungen und Unternehmen. Der Arbeitskreis I, zuständig für Soziales und Gleichstellung, war unlängst im Kreis Meißen unterwegs. MdL Kerstin Lauterbach, Sprecherin für Gesundheitspolitik und hier zuhause, hatte die Tour angeregt.

Im Meißner Landratsamt ließen sich die Landtags-LINKEN von Sozialdezernent Albrecht Hellfritzsch und seinen Amtsleitern über die Problemkreise Notarztversorgung, Rettungsdienst, öffentlicher Gesundheitsdienst und Betreuung von Hartz IV-Betroffenen informieren. Bei der Einschätzung der Probleme gab es viele Übereinstimmungen mit den LINKEN. Und es war zu spüren, dass deren Wirken in der Opposition bekannt und anerkannt wird. So zum Beispiel beim



Arbeitskreis I der Fraktion DIE LINKE zu Gast im Elblandklinikum Meißen

Foto: Harald Kühne

Thema Suchtbekämpfung. Wie DIE LINKE kritisieren auch die kommunal Verantwortlichen die Kürzung der Jugendpauschale und bestätigen, dass dieser „Regie-

rungs-Coup“ sich schwerwiegend auf die Präventionsarbeit auswirkt. Auch im Kreis Meißen wird gerade Crystal zunehmend zum Problem. Und: Kinder drogenabhängiger Eltern in Heimen zu betreuen, wird letztlich deutlich teurer als das, was man jetzt an der Prävention meint, einsparen zu können.

Eine weitere Station des Arbeitskreis-Regionaltages war das Elblandklinikum in Meißen. In einem erfreulich offenen Gespräch mit dem derzeit Verantwortlichen Frank Ohi wurde deutlich, dass die gebeutelte Klinikgruppe mit Standorten in Meißen, Radebeul und Riesa den Neustart will und dafür auch auf Unterstützung aus der Politik hofft. So fehlt es am Geld für Investitionen und an einer passgerechten Krankenhausplanung. Hier will sich besonders Kerstin Lauterbach auf parlamentarischer Ebene einbringen und im Interesse der Elblandkliniken etwas bewegen.

Kühne/efa

Wie wird Politik „seniorengerecht“?



Wie leben Seniorinnen und Senioren in den ländlichen Regionen Sachsens? Dieser Frage ging die Landtagsfraktion DIE LINKE am 17. Juni in Borna nach. Im Rahmen einer Bürgerversammlung wurden die Antworten der Staatsregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion (Titel: „Zu ausgewählten Lebensbedingungen von sächsischen Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum“, Drucksache 5/11434) vorgestellt und diskutiert. Der Sozialexperte Dr. Dietmar Pellmann und MdL Heike Werner, Vorsitzende des Landtags-Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz (Foto re. unten, 1. u. 5. v. re.) und der

Kreistagsfraktion DIE LINKE wollten von den gut 30 Besucherinnen und Besuchern u.a. wissen, ob und inwieweit die Vorstellungen der Lan-

despolitik mit der realen Lebenswelt der älter werdenden Bevölkerung übereinstimmt und wo Defizite auszumachen sind.

Mit ihrer Großen Anfrage wollte die Linksfraktion auch Informationen darüber erhalten, wie die Staatsregierung zur Sicherung eines selbstbestimmten Lebens im Alter beitragen und den regionalen und kommunalen Unterschieden der Senioren-Lebenslagen beikommen will. Schließlich hat Sachsen schon heute die im Schnitt älteste Bevölkerung Deutschlands, jeder vierte Sachse ist 65 Jahre oder älter. Unter den Besuchern der Bürgerversammlung waren weitere, im Landkreis verortete LINKE MdL und MdB sowie kommunale Verantwortliche, wie Bornas Oberbürgermeisterin Simone Luedtke (DIE LINKE).



Fotos: DAK



Plenarspiegel Juni 2013

Am 19. und 20. Juni 2013 fand die 78. und 79. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Auf die **Regierungserklärung** von Ministerpräsident Tillich zum Thema „Hochwasser 2013: Helfen – wiederaufbauen – schützen. Gemeinsam für Sachsen!“ reagierten die **MdL Rico Gebhardt, Dr. André Hahn und Dr. Jana Pinka** mit **Erwiderungsreden**. Unter der Drucksachenummer 5/12196 brachte die Fraktion DIE LINKE einen **Entschließungsantrag** zur Regierungserklärung ein (Drs 5/12196).

Aktuelle Debatte:

„Motiviert oder streikend ins neue Schuljahr – **Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer erfüllen.**“

Anträge:

– „**Zukunft der Schulsozialarbeit** an Schulen im Freistaat Sachsen“ (Drs 5/12133)

– „**Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes** vom 9. März 2013 für die sächsische Beamten- und Richterschaft **übernehmen**“, mit Stellungnahme der Staatsregierung (Drs 5/11734)

Große Anfrage:

„**Strukturen von 'Blood & Honour' und der 'Hammerskin Nation'** in Sachsen sowie deren Unterstützernetzwerke“ und die Antwort der Staatsregierung (Drs 5/11189)

In den Berichten der Ausschüsse (*Sammeldrucksache 5/12147*) waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

– „**Bericht und Evaluation der Programme und Projekte der sächsischen Gesundheitsziele**“ (Drs 5/7725)

– „**Verbot der privaten Haltung von gefährlichen Tieren** und Einführung einer Erlaubnis für die private Haltung gefährdeter exotischer Tiere“ (Drs 5/9106)

Die Mehrheit im Plenum folgte der Empfehlung der Ausschüsse und lehnte die Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Augen, Ohren, Münder zu – Staatsregierung macht auf Affe

Auch aus Respekt vor den Opfern der Mordserie des NSU verfasste die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage (GA) zu den „Strukturen von ‚Blood & Honour‘ und der ‚Hammerkin Nation‘ in Sachsen sowie deren Unterstützernetzwerke“. Das Wissen um ebendiese Strukturen nämlich gehört dazu, will man die Hintergründe der Verbrechen dieses Terrornetzwerkes wirklich aufklären. Am zweiten Tag des Juni-Plenums stand jene Anfrage samt der Antworten der Staatsregierung auf der Tagesordnung und sorgte nicht nur medial für Aufmerksamkeit. Das lag nicht nur am Vergleich der **Antifaschismus-Expertin Kerstin Köditz** eines Teils der Staatsregierung mit den drei berühmten Affen...

Köditz beschleunigte der Staatsregierung bei der Beantwortung der GA Verweigerungshaltung und attestierte ihr Fehler, v.a. beim Umgang mit Combat 18, dem bewaffneten Arm von Blood & Honour. „Wohl niemand wird bestreiten, dass dieser Komplex im Zusammenhang mit dem NSU von besonderer Bedeutung ist. [...] Deshalb erschreckt mich die Antwort in diesem Bereich besonders. Sie besteht nämlich aus einem einzigen Satz: Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.“

Wie beschämend das ist, machte Köditz an Beispielen klar. So zitierte sie aus dem Buch „White Riot. Die Combat 18-Story“. Der Autor berichtet darin über ein Konzert in Chemnitz von 1996, bei dem „No Remorse“

mit Frontmann und Combat-18-Führer in Großbritannien Will Browning auftrat. Ebenfalls zugegen: NS88 aus Kopenhagen, deren inzwischen verstorbener „Kopf“ Marcel Schilf eines Bombenanschlags von 1992 verdächtigt wird. Dabei kam ein Antifaschist ums Leben, der Polizeieinsatz ist aktenkundig und sollte der Staatsregierung bekannt sein. Als Konzertveranstalter kommt übrigens „Movement Records“ infrage und damit die NSU-Unterstützer Jan W., Thomas S. und Antje P.



Foto: www.factory-7.de

„Trotzdem soll kein Wissen über die Verbindungen zwischen Blood & Honour Sachsen und Combat 18 vorhanden sein? Entweder wird nicht wahrheitsgetreu und umfassend berichtet, oder dieses Landesamt für Verfassungsschutz ist vollkommen unfähig. Eine dritte Möglichkeit sehe ich nicht“, so Köditz.

So geht thüringisch!

Von MdL Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik

Alle, die mich kennen, wissen, dass ich Sächsin mit Leib und Seele bin. Meine ersten beiden Lebensjahre aber habe ich im thüringischen Eisenberg verbracht.

Als Bürgerin des einen Freistaats im Osten weiß ich die Vorzüge des anderen Freistaats sehr wohl zu schätzen. Beispiele gefällig? Nehmen wir nur mal Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) und stellen uns vor, dieser würde „seine“ Bürgerinnen und Bürger aufrufen, aus Protest

„Die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises an Lothar König ist ein wichtiges Zeichen der Ermutigung für alle, die kirchlich oder zivilgesellschaftlich gegen Neonazis und Rassismus aktiv sind.“

Wolfgang Thierse,
Vizepräsident des
Deutschen Bundestages

gegen die jährliche Nazi-demo mit ihm gemeinsam nach Dresden zu fahren und sich dort mit an die Spitze der Gegenbewegung zu stellen. Undenkbar? Sein Jenaer Amtskollege Albrecht Schröter, ebenfalls

Soze, macht das jedes Jahr! Ohne großes Brimborium und ganz selbstverständlich.

Oder denken wir mal an den berühmten Revolutionspfarrer von 1989, Christian

Führer. Man stelle sich vor, dieser täte es dem Stadtchef gleich und führte seine Gläubigen zum selben Zwecke nach Dresden. Einen Teufel werde ich tun, aber sagt sich da der Führer und hätte wohl auch Angst, man könnte ihn in Dresden doch glatt für einen Rädelsführer halten, ihn anklagen und am Ende krähte kein Hahn mehr danach, was aus ihm würde.

Dabei gibt es das wirklich! Einen Pastor aus dem thüringischen, der seine Schäfchen nicht alleine lässt. Der weiß, dass Gottes Wort „Vor Gott sind alle Menschen gleich“ nicht nur des Sonntags gilt, sondern auch im Alltag. Der weiß, dass deshalb Rassisten gestoppt werden müssen. Egal, ob nun in Thüringen oder anderswo. So geht thüringisch!

In Sachsen steht er deshalb vor Gericht. Und wer erleben will, wie man Anklagen konstruiert, Akten verschwinden lässt, die Verteidigung behindert, wie Polizisten als Zeugen gleich reihenweise Märchen erzählen oder Erinnerungseintrüben erfahren, der sollte den derzeit laufenden Prozess gegen Pfarrer Lothar König besuchen. Auch selbst mit anzusehen, wie sich Beweise in Luft auflösen, weil Videobeweise die Behauptungen der Staatsanwältin und ihrer Zeugen ad absurdum führen – und dennoch die ganz reale Gefahr besteht, dass Lothar König trotz allem verurteilt wird.

In Freistaat 1 – Sachsen – steht Lothar König vor Gericht. Freistaat 2 – Thüringen – hat ihm gerade einen Demokratiepreis verliehen. Gestif-



Foto: efa

tet wurde dieser von der Sozialministerin, einer Sozialdemokratin. Die FDP freilich tobt, ebenso die Regierungspartei CDU. Auch bei uns in Sachsen.

Und: In Sachsen hätte Lothar König, hätte er Förder-Euro für seine Demokratieprojekte haben wollen, eine „Extremismus-Klausel“ unterschreiben müssen. Das hätte er nicht gemacht – und kein Geld bekommen. So geht sächsisch. In Thüringen hingegen muss der bärtige Freigeist längst nicht mehr beweisen, „wes Geistes Kind“ er ist. Da weiß man, dass Lothar König die Demokratie lebt – und zeichnet ihn dafür aus. So geht thüringisch!

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Jenas Stadtoberhaupt Dr. Albrecht Schröter (li.) steht Pfarrer König beim Prozess gegen ihn in Dresden bei

Foto: efa